

Die Welt als Wille zum Wahn

Warum ist der Irak-Krieg, der dem Nahen Osten „Demokratie“ bringen sollte, so dramatisch gescheitert? Eine Rekapitulation



CHRISTOPH REUTER, geb. 1968, studierter Islamwissenschaftler, ist Reporter des *Stern*. Jüngste Buchveröffentlichung: „My Live is a Weapon“ (2006).

Christoph Reuter | **Dass der Weg der Bush-Regierung in den Irak mit Lügen und Falschmeldungen gepflastert war, ist hinreichend bekannt. Doch der heutige Wissensstand legt nahe, dass die Führungsspitze ihren eigenen Fabrikationen glaubte: Nicht Zynismus, sondern irrationales, messianisches Wunschdenken führte die Supermacht in die Hölle von Bagdad.**

„Es ist ein so außerordentlicher Unterschied zwischen der Art, wie man wirklich lebt und wie man leben sollte, dass alle, welche bloß darauf sehen, was geschehen sollte, und nicht auf das, was wirklich geschieht, eher ihren Untergang als ihre Erhaltung erleben.“

Niccolò Machiavelli

Viel ist geschrieben worden darüber, wie die US-Regierung Indizien der von Saddam Husseins Regime ausgehenden Gefahren manipulierte, um die eigene Bevölkerung, internationale Institutionen und verbündete Staaten für die Invasion im Irak zu gewinnen. Entstanden ist so der Eindruck einer zynischen, skrupellosen Führung, die vor Lügen nicht zurückschreckte, um ihr Ziel zu erreichen.

Dabei werden die gefälschten Belege für Saddams Waffenarsenale oft in einem Atemzug genannt mit den illusorischen, in sich widersprüchlichen Szenarien für die Entwicklung

des Irak nach Saddams Sturz. Doch diese lassen das Handeln der Bush-Regierung in einem anderen Licht erscheinen: Absichtsvolles Lügen setzt immerhin voraus, dass man weiß, was man will, was möglich ist und wie es sich erreichen lässt.

Je tiefer man jedoch in die Vorgeschichte des Irak-Kriegs eindringt, desto mehr zerrinnt die Vorstellung von einer US-Regierung, die genau wusste, was sie tat. Zutage tritt stattdessen eine Koalition weniger Akteure, deren unterschiedlichen Projekten in Bezug auf den Irak eines gemein war: völlige Ignoranz der Wirklichkeit. Das trifft vor allem auf die Gruppe der „Neokonservativen“ zu, die im Vorfeld des Krieges eine tragende Rolle spielte.

Als gut vernetzte, PR-aktive Denkschule waren die Neokonservativen

schon in den siebziger Jahren entstanden, vor allem aus vormaligen Liberalen, denen die außenpolitische Schwäche der Demokraten Anlass zur Neuorientierung gab. William Kristol, dessen *Weekly Standard* trotz kleiner Auflage in den neunziger Jahren zum Referenzorgan der „Neocons“ wurde, beschrieb jene einmal als „Liberalen, die von der Wirklichkeit überfallen wurden“.

Arabische Dominosteine

Ihre Kernvorstellung zum Irak entwickelte sich aus einem System einander stützender Axiome: Wenn die US-Truppen im Irak einmarschierten, würden sie begeistert von einer Bevölkerung empfangen, die froh sein würde, von Saddams Diktatur befreit zu werden. Wenn man den Irakern die Freiheit gebe, würden sie sich demokratisch organisieren, Wahlen und Marktwirtschaft einführen und eine US-freundliche Regierung an die Macht bringen. Denn da die Diktaturen der arabischen Welt gegen die USA und gegen Israel stünden, werde ein demokratischer Irak im Umkehrschluss pro-amerikanisch und pro-israelisch sein. Dieser neue Irak werde wie ein Dominostein die anderen feindseligen Regime Syrien und Iran zum Kippen bringen und letztlich den Palästinensern klar machen, dass sie sich mit Israel arrangieren müssen.

Eine weitere Annahme aufgrund von Annahmen war die Idee vom irakischen „Exzeptionalismus“, die der Exiliraker Kanan Makiya prägte: Demnach seien die Iraker so lange von der Grausamkeit, dem Antisemitismus und nationalistischem Furor Saddams gequält worden, dass sie, einmal befreit, fortan dagegen immun sein würden.

Das Ideenkorsett der Neokonservativen war nicht neu. Aber eine Reihe von ihnen war durch den Wahlsieg der Republikaner 2000 an Schaltstellen der Macht gelangt: Paul Wolfowitz, ein ehemaliger Vize-Außenminister und Botschafter, der schon 1992 das Strategiepapier „Defense Planning Guide“ geschrieben hatte (wonach die USA als übriggebliebene „unipolare“ Weltmacht sich fortan weltweit auch mit militärischen Präventivschlägen durchsetzen sollten), wurde Vize-

Verteidigungsminister, der Rechtsanwalt Douglas Feith Staatssekretär im Pentagon. Richard Perle übernahm den Vorsitz im „Defence Policy Board“, einem einflussreichen Beratergremium des Pentagon, Lewis „Scooter“ Libby wurde Stabschef von Dick Cheney. Wolfowitz und Perle hatten bereits 1998 den republikanisch beherrschten Kongress dazu gebracht, den „Iraq Liberation Act“ zu verabschieden, der Saddams Sturz zur offiziellen US-Politik machte.

Dann kam der 11. September 2001 – und George W. Bush brauchte einen Plan, der ungeheuer spürbar gewordenen Bedrohung zu begegnen. Nach anfänglicher Verwirrung verkündete er, seine Präsidentschaft werde sich dem Projekt widmen, einen solchen Angriff für alle Zukunft zu verhindern; nicht nur die Terroristen würden zur Rechenschaft gezogen, sondern auch jene Staaten, die ihnen Operations- und Rückzugsmöglichkeiten boten. Und die Neokonservativen hatten das fertige Programm dafür parat. Schon bei den ersten Besprechungen in Camp David am Wochen-

Die Kernvorstellung: Wenn man den Irakern die Freiheit gebe, würden sie sich demokratisch organisieren.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Irak-Krieg, 2003: George W. Bush vor dem Abflug zum Flugzeugträger Abraham Lincoln, wo er das „Ende der Kampfhandlungen“ verkündete

ende nach den Anschlägen plädierte Wolfowitz nachhaltig dafür, Saddam zu stürzen, den er als größte Gefahr darstellte, Terroristen mit Massenvernichtungswaffen zu versorgen.

Dieses Axiom beruhte auf zweierlei: dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besaß, und dass er Kontakte zu Al-Qaida unterhielt. Keines von beidem traf zu, aber auf dieser Annahme fußte der übernächste Krieg. Erst einmal ging es gegen die Taliban. Der rasche Sieg in Afghanistan tat ein übriges, Zweifel an der Machbarkeit einer Irak-Invasion zu zerstreuen. Innerhalb kürzester Zeit fiel im innersten Kreis der Regierung die Entscheidung zum Krieg. Dass es in den folgenden anderthalb Jahren gar nicht mehr darum ging, ob der Irak angegriffen werde, sondern nur noch, wann und mit welcher Begründung für die amerikanische Öffentlichkeit, den Kongress, die Verbündeten und den Rest der Welt, hat die

akribische Aufarbeitung der Ereignisse gezeigt. Sie lässt sich inzwischen in zahlreichen exzellent recherchierten Büchern nachlesen.

Im Februar 2003 waren 72 Prozent der Amerikaner überzeugt, Saddam Hussein stehe hinter den Anschlägen vom 11.9. Obwohl Außenminister Colin Powell, ehemalige Regierungsmitglieder von Bush sen., Experten in Think-Tanks, Ministerien und sogar Geheimdienstler immer wieder davor warnten, dass ein Krieg gegen Saddam Hussein nicht das gewünschte Ergebnis bringen würde, erzeugte die Obsession von Wolfowitz, Feith und Rumsfeld im Pentagon sowie Libby, Cheney und letztlich Bush selbst im Weißen Haus einen Sog, dem sich keiner zu entziehen vermochte. Ein Kreislauf entstand, in dem von George W. Bush an abwärts die Entscheidungsträger Bestätigungen ihrer Glaubensvorstellungen wünschten und diese auch von der CIA geliefert bekamen, woraufhin der Glaube an die solcherart „bewiesenen“ Vorstellungen wuchs und damit auch der Druck auf die nachgeordneten Behörden, weitere Bestätigungen zu liefern. „Die waren so dogmatisch, als seien sie im Auftrag Gottes unterwegs“,¹ berichtete ein CIA-Mann dem Reporter Seymour Hersh. „Wenn die mitbekommen hätten, dass Rumsfeld von ihnen erwartet, die Regierung von Tonga mit 9/11 in Verbindung zu bringen“, so Kenneth Pollack, ehemaliger Irak-Experte im Nationalen Sicherheitsrat, „dann hätten sie innerhalb von ein paar Monaten Quellen beschafft, die eine solche Verbindung bestätigen.“²

¹ Seymour Hersh: *Die Befehlskette*, Reinbek 2004, S. 248.

² Ebd., S. 253.

Die Rolle der Geheimdienste

Die Dienste waren ein entscheidendes Instrument der Manipulation, da ihre Erkenntnisse einen quasi religiösen Charakter bekamen: unfehlbar und gleichzeitig unüberprüfbar, da zu geheim, um öffentlicher Infragestellung ausgesetzt zu werden.

Das ganze Projekt war irrational – aber innerhalb des Apparats wirkte es auf die Entscheidungsträger durchaus rational. Die parlamentarischen Kontrollinstanzen wiederum fielen den Mehrheitsverhältnissen zum Opfer. Die Republikaner beherrschten beide Häuser des Kongresses; aber auch die meisten Demokraten konnten sich der Suggestion der „Fakten“ nicht entziehen: „Wir hatten gerade 9/11 hinter uns, wir fühlten uns bedroht, wir mussten etwas tun“,³ begründete ihr Fraktionsführer im Senat, Tom Daschle, das Abstimmungsverhalten. Die „nationale Sicherheit“ war seit den Anschlägen ein Sacrosanctum, der bloße Verdacht ihrer Preisgabe politisch suizidal.

Wie groß das Ausmaß der Täuschung und Selbsttäuschung ausfiel, war während der Vorbereitungen für den Irak-Krieg nur bedingt öffentlich spürbar, da die Eigendynamik der Regierungsgaganda auch die amerikanischen Medien ansteckte: Als US-Experten der *Washington Post* Belege für gefälschte Beweise irakischer Nuklearprojekte anboten, stießen sie auf Desinteresse. Alle waren gefangen im Wettlauf um die dramatischsten Enthüllungen von Saddams Rüstungsprojekten, nicht deren Gegenteil.

Daher ging weitgehend unter, dass schon vor dem Krieg sowohl der Fälschungscharakter der meisten „Be-

weise“ gegen Saddam bekannt war als auch, dass es durchaus präzise Szenarien gab, was eine US-Invasion im Irak bewirken würde. Mit einer gewissen Kenntnis der Region, ihrer Ethnien, Konfessionen, Geschichte und Bruchlinien konnte man bereits damals prognostizieren, dass der heutige Status quo das mit Abstand nahe liegendste Szenario war.

„Wenn also der Krieg gewonnen ist, wird etwas Gefährliches passieren: Die Menschen werden jubelnd an den Straßen stehen, wenn die US-Panzer einrollen“ schrieb ich im März 2003 im *Stern*: „Sie werden jubeln, weil sie den Krieg überlebt

haben. Doch das Gefährliche an diesem Jubel ist, dass George W. Bush mit seinen Strategen der neuen

Wunschweltordnung in Washington glauben wird, gesiegt zu haben. Dabei wird der Jubel Anbeginn der Niederlage sein. Was geschieht, wenn, und auch das gehört zur Demokratie, sich die ersten Bewegungen, Milizen, Parteien bilden und um die Macht im Land konkurrieren? Es ist die Tragik dieses Krieges und des Irak überhaupt, dass sein Volk die Gewalt ernten wird, die Saddam gesät hat. Was immer Amerika im Irak tun wird – es kann den Krieg gewinnen, aber danach nur verlieren. Dieser Krieg wird Saddam stürzen – aber weder zum Frieden noch zu einer Demokratie im Nahen Osten beitragen, wie sie in den Sonntagsreden Washingtons beschworen wird. Er wird den einen Alptraum beenden. Aber alles spricht dafür, dass er dies tun wird um den Preis, ihn gegen einen anderen einzutauschen.“

Es gab durchaus präzise Szenarien, was eine US-Invasion im Irak bewirken würde.

³ Michael Isikoff: *Hubris*, New York 2006, S. 151.

Das Grundproblem des Irak ist weder kurz- noch mittelfristig zu lösen.

Viele Kritiker der Invasion werfen der US-Regierung heute weniger vor, sondern wie sie den Krieg geführt hat: mit zu wenig Soldaten, um Plünderungen und Anarchie zu verhindern und mit einer inkompetenten Besatzungsführung, die gleich zu Anfang den gravierenden Fehler beging, die irakische Armee aufzulösen und zehntausende Baath-Parteimitglieder zu entlassen, die sich daraufhin in Scharen dem Widerstand anschlossen.

Das ist insofern richtig, als es das Scheitern beschleunigt hat. Aber selbst eine größere Anzahl von US-Soldaten, ein Beibehalten der irakischen Armee und eine weniger korrupte Aufbauhilfe hätten den Irak nur kurzfristig friedlich gehalten. Denn das Grundproblem des Irak ist mit der oktroyierten Einführung der Demokratie weder kurz- noch mittelfristig zu lösen: die zentrifugalen Kräfte der drei großen Volks- und Glaubensgruppen im Lande mussten früher oder später fast zwangsläufig dazu führen, dass diese sich gegeneinander stellen würden beim Versuch, einen möglichst großen Teil der irakischen Ölfelder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Sunniten, maximal 25 Prozent der Bevölkerung, haben das Staatsgebilde des Irak seit seiner nominellen Gründung 1921 beherrscht und dabei die ungefähr gleich große Gruppe der Kurden sowie die ca. 50 bis 55 Prozent Schiiten bis 1991 brutal unterdrückt. „Ich habe im Buch der Demokratie nachgeschaut“, ließ Großayatollah Ali Sistani 2003 mit leisem Spott verlauten, „und da habe ich Wahlen gefunden.“⁴

Also verlangten die Schiiten Wahlen, die sie angesichts eines Wahlverhaltens entlang konfessionell/ethnischer Linien wiederholt gewannen. Die Sunniten sind aber nicht bereit, die alte Vormachtstellung kampfflos aufzugeben. Die Kurden wiederum verabschieden sich Schritt für Schritt aus dem alten Staat, wobei sie die ölfreiche Stadt Kirkuk mitzunehmen gedenken.

35 Jahre der inneren Friedhofsruhe unter Saddams Herrschaft waren kein naturgegebener Zustand, sondern gewaltsam erzwungen. Zuvor war die Geschichte des Irak, bis zurück in die Zeiten des Osmanischen Reiches, eine Episodenkette von Gewalt und Kämpfen gewesen. Iraks König Feisal endete beim Putsch 1958 als kugeldurchsiebte Leiche, und vom machtvollen Premier Nuri Said blieb nicht mehr als das Rückgrat übrig, nachdem seine Leiche stundenlang durch die Straßen Bagdads geschleift worden war. 1970 hatte der jüdisch-irakische Historiker Elie Kedourie sein Land beschrieben als „getrieben von obskuren wie bösartigen Fraktionen, zerrüttet durch Krieg und seine Folgen“,⁵ in dem Kompromisse selbst um den Preis der Selbstzerstörung gemieden wurden und „in dem jede Gruppe das Wohl des Staates ihren eigenen Interessen unterordnete“. Exakt so, wie es heute abermals geschieht.

Es gab keinen Grund zur Annahme, dass die US-Invasion das gewünschte Ergebnis eines demokratischen und amerikafreundlichen Irak hervorbringen würde. Trotzdem hat die Washingtoner Führungsspitze anderthalb Jahre lang, vom 11.9.2001 bis zum Angriff auf den Irak, ihre Agen-

⁴ Christoph Reuter und Susanne Fischer: *Café Bagdad*, München 2004.

⁵ Vgl. Elie Kedourie: *The Kingdom of Iraq: A Retrospect*, London 1970

da mit Lügen, Übertreibungen, Einschüchterung von Dissidenten im eigenen Apparat und in internationalen Gremien vorangetrieben. Warum? Warum haben George W. Bush und die winzige Allianz der Entschlossenen ihre Macht weit über die Grenzen der politischen Usancen hinaus genutzt, um einen Krieg durchzusetzen, der Erfolgsaussichten nur in ihrem eigenen, selbstreferenziellen System der Annahmen hatte?

Selbsttäuschungen

Eine Erklärung mag im Konstrukt der Axiome liegen. Denn in ihnen drücken sich nicht nur die bewussten Täuschungsversuche aus, sondern liegen auch Annahmen, an die ihre Schöpfer selbst geglaubt haben. Die beiden Kriege, der fünfwöchige in Afghanistan und der dreiwöchige im Irak, wurden mit einem weitgehend anerkannten militärischen „Sieg“ beendet. Aber was für einen Zustand haben sie nach sich gezogen? Einen per definitionem kriegerischen, nur dass die Fronten sich fortlaufend verschieben und gerade im Irak stetig unklarer wird, wer warum wen umbringt. Dass man den Irakern und Afghanen „Freiheit“ gebracht habe, wird als steter Erfolgsbeweis vorgebracht. Aber was für eine Freiheit ist das, in der die Menschen nicht nur frei sind von ihrem Diktator, sondern auch von jedweder Form der Ordnung, des Staates, der Infrastruktur?

Der Kernbegriff ist die Demokratie: Ihre Einführung wurde speziell im Irak nach der Falsifikation aller anderen Angriffsgründe zum Sinn des ganzen Unternehmens erhoben. Aus einer Position tiefer Verachtung der demo-

kratischen Öffentlichkeit der USA, die systematisch über die Gründe des Angriffs auf den Irak belogen wurde, entsprang das Paradigma von der Demokratie als Allheilmittel für die Malaise der arabischen Staatenwelt. Grundannahme hier war, dass jede in der arabischen Welt neu eingeführte Demokratie automatisch amerikafreundlich ausfiele, weil der freie Wille der befreiten Völker zur Hinwendung an Amerika führen würde. Dass das im Irak und in Afghanistan nicht geschah, ist die eine Erkenntnis.

Zudem aber verebte Washingtons Sympathie für Demokratie immer just dann, wenn sich der Wille eines ausländischen Volkes amerikanischen Wünschen versagte: so geschehen im Winter 2003/04, als über 90 Prozent der türkischen Bevölkerung dagegen votierten, das eigene Land der IV. Infanterie-Division der US-Streitkräfte als Aufmarschgebiet gen Nordirak zu überlassen. Ausgerechnet Paul Wolfowitz forderte damals den Putsch gegen die unbotmäßige Regierung: „Das türkische Militär hat seine Verantwortung zur Führung des Landes nicht wahrgenommen!“⁶ Ein weiterer Fall ist der Wahlsieg der Hamas in den Palästinensergebieten vom Januar 2006, als Washington Gespräche mit der Hamas kategorisch ausschloss und Israels Boykothaltung unterstützte.

Die zweite Grundannahme der Washingtoner Führungszirkel stand sogar in diametralem Gegensatz zur Demokratisierungsstrategie – was aber offensichtlich niemandem auf-

Eine Grundannahme war, dass neue Demokratien in der arabischen Welt automatisch amerikafreundlich sein würden.

⁶ *die tageszeitung*, 25.2.2005.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Irak 2006: Ein US-Soldat sichert den Platz vor einem Bagdader Restaurant, in dem sich zwei Attentäter in die Luft sprengen und mehrere Gäste mit in den Tod rissen.

fiel: Es war das unter den Kriegsberufwortern stilprägende Klischee von den Arabern, die nur mit Gewalt zur Einsicht zu bringen seien. Ein häufig zitiertes Buch war das schon 20 Jahre alte Werk „The Arab Mind“ des Kulturanthropologen Raphael Patai, das, so ein Gesprächspartner des Journalisten Seymour Hersh, mit seiner Kernthese, dass „Araber nur die Sprache der Gewalt verstehen und dass die größte Schwäche der Araber Schande und Demütigung sind“,⁷ zur „Bibel der Neokonservativen zu arabischem Verhalten“⁸ wurde. Diese angenommene Schwäche fand sich folgerichtig in der praktischen Umsetzung dieses Klischees wieder: in Abu Ghraib und weiteren Straflagern der US-Armee im Irak, in Afghanistan und Guantánamo. Abu Ghraib, das ehemalige Hauptgefängnis Bagdads, war mit immensem Aufwand zum neuen Zentralgefängnis der US-Streitkräfte gemacht worden. Als der Aufstand intensiver wurde, landeten tausende zumeist wahllos Verhafteter in Abu Ghraib.

⁷ Hersh (Anm. 1), S. 59.

⁸ Ebd.

Ausgehend von der Annahme, dass nur Gewalt „die Araber“ zur Demokratie zwingen könne, wurde der vor-malige Befehlshaber des internationalen Rechtsnormen entzogenen Lagers Guantánamo, General Geoffrey Miller, Ende August 2003 auf Wunsch Donald Rumsfelds nach Abu Ghraib versetzt, um „unkonventionelle Verhörme-

thoden“ wie Folter und sexuelle Demütigung auch im Irak (wieder) einzuführen. Je mehr der Aufstand sich ausweitete, desto brachialer wurden Gefangene malträtiert. Das bewirkte, dass die meisten Gefangenen zwar alles erzählten, was die Vernehmer hören wollten, aber zu verwertbaren Informationen oder gar zur Eindämmung des Aufstands führte dies nicht.

Symptom-Demokratien

Formal hat die Einführung der Demokratie in Afghanistan und im Irak stattgefunden; es hat mehrfach Wahlen gegeben, die im Großen und Ganzen fair verliefen. Doch sowohl im Irak wie in Afghanistan sind hoch korrupte Regierungen entstanden, die die Rechte der Wahlverlierer und der Minderheiten im Land ignorieren. Es gibt keinen „Respekt vor dem Amt“, sondern es herrscht die Mentalität des Beutemachens: Wer ein Ministerium erobert hat, besetzt es mit den eigenen Gefolgsleuten, Verwandten, Parteimitgliedern – seien es die Drogenbarone aus der Familie des afghanischen Prä-

sidenten Hamid Karzai, seien es die Todesschwadronen der schiitischen Koalitionsparteien im Irak.

Der Kern demokratischer Systeme besteht darin, dass absolute Macht ersetzt wird durch ein System des wechselseitigen Respekts vor Institutionen und Bürgern. Wahlen, eine Verfassung, Parteien sind zwar die Symptome einer Demokratie, aber damit sie funktioniert, müssen die Regeln respektiert werden. Bevor man also über Demokratisierung reden kann, muss es einen geeinten Staat geben, einen gemeinsamen politischen Raum, damit die Zentrifugalkräfte konkurrierender Völkerschaften innerhalb eines Staates diesen nicht mit jedem Machtwechsel an den Rand eines Bürgerkriegs bringen. Erst kommt der Staat, dann die Demokratie. Umgekehrt entsteht ein Fiasko.

Die Tatsache, dass Bushs Regierung aus dem Status quo überhaupt keinen Nutzen ziehen kann, legt den Schluss nahe, dass die Fehlannahmen über die Implementierungsmöglichkeiten von Demokratie keine ins Werk gesetzte Fälschung, sondern ein tragischer Irrtum waren. Weder wurden historische Erfahrungswerte noch perspektivische Szenarien ins Kalkül einbezogen: Die Entscheidungsfindung fand in einer Blase ahistorischen Wunschenkens statt.

Dass dieses Nichtverstehen der politischen Prozesse in Afghanistan und im Irak immer noch andauert, zeigt die wiederkehrende Wortwahl des US-Präsidenten: Noch am 28. November 2006 sprach George W. Bush davon, dass die Truppen nicht abgezogen werden, bevor „die Mission nicht erfüllt ist“. In die gleiche Richtung geht das stete Postulat (von Bush zuletzt beim Treffen mit dem irakischen Premier Nuri al-

Maliki Ende November 2006 geäußert), die irakischen Sicherheitskräfte müssten besser trainiert und ausgerüstet werden, um endlich der Aufständischen Herr werden zu können.

Beide Ansätze ignorieren die Eigendynamik der irakischen Situation, mithin auch der demokratischen Entwicklung: Die Frontlinie im Irak verläuft längst nicht mehr zwischen US-Truppen sowie irakischen Truppen auf der einen und nicht näher definierten „Aufständischen“ auf der anderen Seite, sondern vor allem zwischen Sunniten und Schiiten. Mit der „Badr“-Miliz des

mit Teheran verbündeten Abdolaziz al-Hakim und der „Mahdi“-Miliz des eher nationalistischen Muqtada

al-Sadr sind die militärischen Arme zweier Regierungsfractionen gleichzeitig treibende Kräfte des Bürgerkriegs. Maliki kann „die Aufständischen“ gar nicht bekämpfen, denn deren Führer sitzen in seinem Kabinett. Die US-Truppen können weder „die Mission erfüllen“ noch „siegen“, da der Krieg zunehmend schlicht an ihnen vorbei geführt wird.

Der Irak zerfällt nicht nur in seine drei großen Ethnien und Konfessionen – Kurden, sunnitische Araber, schiitische Araber –, sondern atomisiert sich abseits des relativ ruhigen kurdischen Nordens in immer kleinere Teile. Innerhalb der schiitischen Mehrheit schießen heute schon die eher Teheran-Treuen auf die eher Nationalistischen, während die in Basra herrschende Fazila-Partei prinzipiell gegen beide und für die Unabhängigkeit der Region Basra kämpft. Was alle

Wie die „Aufständischen“ bekämpfen, wenn ihre Führer in Malikis Kabinett sitzen und die Regierungsfractionen den Bürgerkrieg schüren?

Beteiligten nicht daran hindert, eine gemeinsame Regierung in Bagdad zu bilden, aber zugleich klar macht, warum diese sich selbst paralyisiert.

Jenseits der Präferenzen für die eine oder andere Seite reicht bis weit ins liberale Lager in den USA die Grundannahme von der „Machbarkeit“ der Umgestaltung des Landes. Selbst so kundige Nahost-Beobachter wie der *New York Times*-Kommentator Thomas Friedman glauben immer noch, innerhalb von zehn Jahren könnten US-Kräfte den Irak „von Grund auf neu bauen“,⁹ als handle es sich um eine marode Baustruktur.

Die irrationalen Motivlagen entziehen sich, anders als die gezielten Fälschungen, einer klaren Beweisführung. An ihrer Wirkmächtigkeit ändert das nichts. Der kleine Zirkel der Neokonservativen und die größte christliche Gemeinschaft in den USA (die George W. Bush zu den Ihren zählt) besitzen eine Schnittmenge ihrer Glaubensprägungen: den Glauben an ihr „von Gott beinahe auserwähltes“ Land, das in seiner fundamentalen Unschuld und moralischen Überlegenheit gar nicht falsch handeln kann. Bush formulierte es in seiner Rede vom 28.1.2003: „Wir gehen mit der Zuversicht voran, weil dieser Ruf der Geschichte das richtige Land erreicht hat. (...) Die Freiheit, die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit. (...) Möge Er uns jetzt leiten. Und möge Er weiterhin die Vereinigten Staaten von Amerika segnen.“ Zu anderer Gelegenheit

wies Bush darauf hin, dass „Gott mir aufgetragen hat, die Tyrannei im Irak zu beenden“.

Armageddon now!

In dieser Vorstellung lebt der protestantisch-puritanische Gründungsmythos fort, wonach in den USA „das Gute“ zu Hause ist. „Das Böse“ muss woanders liegen – und wurde folglich entlang der „Achse des Bösen“ verortet. Dazu kam, dass der 11.9.2001 sich ins Weltbild evangelikaler Apokalyptiker fügte: Laut der Offenbarung des Johannes werde im Entscheidungskampf (Armageddon) dermaleinst das „Gute“ endgültig über das „Böse“ siegen, und Katastrophen seien als Vorboten dieses Kampfes zu deuten. Ebenso, wie viele evangelikale Protestanten in der Gründung Israels ein Zeichen für die Erfüllung biblischer Prophezeiungen sehen: Jesus Christus werde erst wiederkommen, Armageddon erst stattfinden, wenn die Rückkehr der Juden ins Heilige Land gesichert sei. Was dazu geführt hat, dass laut Umfragen mittlerweile mehr amerikanische Protestanten als amerikanische Juden hinter Israels Politik der Härte stehen (die von der Mehrheit amerikanischer Juden abgelehnt wird). Welche Macht die Apokalypse und ihre Implikationen besitzen, belegte 2004 eine Umfrage des Nachrichtenmagazins *Newsweek*: Demnach glaubten 55 Prozent aller Amerikaner, dass die Gläubigen vor dem Ende der Welt gerettet werden, 36 Prozent rechneten mit dem Eintreten der Prophezeiungen des Johannes. Als Israels Streitkräfte im Sommer den Libanon angriffen, schrieb der einflussreiche Prediger Jerry Falwell in seiner wö-

»Gott hat mir aufgetragen, die Tyrannei im Irak zu beenden«, sagte Bush.

⁹ *International Herald Tribune*, 30.11.2006.

chentlichen Kolumne: „Es ist ganz offensichtlich, dass die aktuellen Ereignisse im Heiligen Land sehr wohl Auftakt und Vorbote der Schlacht von Armageddon und damit für die glorreiche Rückkehr Christi sind.“

Es ist dieses Imbroglia religiöser Motive, das sich in der politischen Prioritätensetzung Washingtons wiederfindet, in der steten – und stets von der Wirklichkeit widerlegten – Konzentration auf den einen Anführer des Bösen (Saddam, seine Söhne, Abu Musab al-Zarqawi, Osama Bin Laden), den es nur zur Strecke zu bringen gelte: Dann werde sich deren Gefolgschaft von selbst auflösen. Es hat seine Romanfigur in Graham Greenes „The Quiet American“ gefunden, dem Diplomaten Alden Pyle, der in Vietnam mit idealistischen Motiven nur sich und anderen den Tod bringt, und es hat sein gegenwärtiges Extrem unter hohen US-Offizieren in General Jeremy Boykin gefunden, der für die Jagd nach Aufständischen im Irak verantwortlich war und jüngst verkündete: „Die muslimische Welt ist Satan! Satan will diese Nation zerstören, er will uns als Nation zerstören, und er will uns als christliche Armee zerstören.“¹⁰ Boykin pries Bush als „Mann, der im Oval Office betet“ und erklärte, dass er zum Präsidenten „nicht gewählt“, sondern „von Gott berufen“ worden sei.

Fünf Jahre nach dem 11.9. und dreieinhalb Jahre nach der Invasion im Irak ist die virtuelle neokonservative Welt aus Begriffen und Annahmen gänzlich an der Realität zerrieben worden. Alles ist gescheitert: die Eroberung des Irak, die Befriedung Afghanistans, die Neuordnung des

Nahen Ostens, die Eindämmung des Iran, die Lösung des Palästina-Konflikts, die Eliminierung des dschihadistischen Terrors. Sehr langsam erwachen die USA aus der Implosion eines ideologischen Konstrukts: Immer noch geben 43 Prozent der Amerikaner in Umfragen an, Saddam Hussein stecke hinter 9/11¹¹ – obwohl Bush selbst die Frage, was Saddam mit den Anschlägen zu tun habe, unlängst mit einem schlichten „nichts“¹² beantwortete.

Erst der Verlust beider Häuser des Kongresses bei den Zwischenwahlen Anfang November 2006 hat eine nachhaltige Veränderung eingeleitet: Mit Donald Rumsfeld und UN-Botschafter John Bolton sind zwei der letzten Protagonisten der amerikanischen Allmachtsideologie aus ihren Ämtern geschieden (Wolfowitz, Feith, Perle und Libby gingen bereits früher). Unter Führung des pragmatischen Ex-Außenministers James Baker hat die überparteiliche „Iraq Study Group“ am 6. Dezember einen schrittweisen Abzug etwa der Hälfte der derzeit 141 000 im Irak stationierten US-Soldaten ohne Terminfestlegung sowie die Aufnahme von Gesprächen mit Syrien und Iran empfohlen. Bakers Vorschlägen lässt sich zugute halten, dass sie keine Heilversprechen mehr machen. Es gibt keine Lösung, die ohne eine fatale Restmenge aufginge: Zögen sich die USA sofort zurück, bräche der Bürgerkrieg mit noch größerer Wucht aus. Blieben sie im Land, ginge die Agonie weiter. Gingen sie

Bakers Vorschläge machen keine Heilversprechen mehr: Es gibt keine Lösung, die ohne eine fatale Restmenge aufginge.

¹⁰ Hersh (Anm. 1), S. 310.

¹¹ CNN-Umfrage, zitiert in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.9.2006.

¹² George W. Bush auf einer Pressekonferenz am 21.8.2006.

angekündigt und schrittweise, dürften die kämpfenden Parteien ihre Anstrengungen erhöhen, um ihre Herrschaftsgebiete zu vergrößern – wie schon in den zwanziger Jahren, als der

Bushs Politik hat die falschen Risiken überbewertet und die echten verschärft.

damalige britische Hochkommissar im Irak, Sir Henry Dobbs, argumentierte, ein Abzug

der britischen Truppen würde die Iraker zur Raison bringen. Das Gegenteil trat ein, der Machtverlust der Briten wurde nur beschleunigt.

Bushs Politik war zynisch, aber vor allem – und das machte sie so gefährlich – war sie messianisch, also völlig wirklichkeitsfremd. Die US-Truppen werden im Irak keinen „Sieg“ mehr erringen, es geht nur noch um die Modalitäten des Abzugs. Bis hierhin trifft der oft gebrauchte Vergleich mit Vietnam. Doch danach endet er, denn in Vietnam mit seiner 2000-jährigen Staatsgeschichte bedeutete der US-Abzug den Anfang vom Ende des Krieges. Im Irak wird er hingegen die Tür zu einem Inferno öffnen, das noch weit größer werden könnte als das gegenwärtige. Bush ignoriert bis heute die Eigendynamik des Konflikts, für die auch die Baker-Gruppe keine Lösung anzubieten hat: dass der sich ausweitende Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten irgendwann unweigerlich die Nachbarstaaten hineinziehen wird. Im Iran, in Saudi-Arabien, Syrien und der Türkei werden Gruppierungen Kapital für den innenpolitischen Machtkampf aus der Forderung nach Solidarität mit ihren Glaubensbrüdern im Irak ziehen, dem sich die herrschenden Eliten nicht werden entziehen können.

Es droht das Aufbrechen der größten Kluft in der islamischen Welt, die nur von einem dünnen Firnis der Staatsräson überdeckt ist: der Kluft zwischen schiitischem und sunnitischem Islam. Der Antagonismus zwischen beiden Gruppen ist uralt und virulent: Saudische Wahhabiten (Sunniten) haben bis vor wenigen Jahren straffrei gepredigt, dass die Minderheit der Schiiten noch schlimmer als die Ungläubigen sei; im Libanon versuchten die Anhänger der schiitischen Hisbollah Anfang Dezember tagelang, die gemischt-konfessionelle Regierung Siniora aus dem Amt zu treiben; im Iran bomben sunnitische Untergrundgruppen im Süden gegen die schiitische Staatsmacht.

Es ist die tragische Konsequenz des neokonservativen Fiktionengebildes, dass Bushs Politik die falschen Risiken überbewertet, die echten verschärft und die amerikanische Interventionsmacht letztlich massiv geschwächt hat. Die fortwährende Androhung militärischer Intervention gegenüber dem Iran hat diesen nicht gefügiger gemacht, sondern dessen atomare Aufrüstung vorangetrieben. Sechs weitere arabische Staaten, darunter Ägypten und Saudi-Arabien, haben bereits bei der Atomenergiebehörde IAEA beantragt, Atomenergie „zivil“ nutzen zu wollen. Sollte der atomare Wettlauf im Nahen Osten zusammentreffen mit einem Religionskrieg, der alle Staaten vom Libanon und Syrien über die Arabische Halbinsel bis zum Iran erfassen würde, wäre die Welt Armageddon näher, als es sich die kühnsten Prognostiker der Apokalypse gegenwärtig ausmalen.